

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruhe

Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung

1715 - 1830

Weech, Friedrich

Karlsruhe, 1895

Politische Vorgänge

[urn:nbn:de:bsz:31-17279](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-17279)

250 Gulden) fiel $\frac{1}{2}$ Mann, auf die zweite (250 bis 500 Gulden) 1 Mann, auf die dritte (500—1000 Gulden) 2 Mann und so weiter, so daß für jede Erhöhung des Einkommens von 500 Gulden 1 Mann mehr zugeteilt wurde. Da die höchste Einnahme, die damals in Karlsruhe vorkam, wenig über 5000 Gulden betrug, so war dem entsprechend die höchste Zahl von Einquartierten, die auf einen Einwohner treffen konnte, 11 Mann. Die Quartierbillets wurden von zwei Bürgern ausgefertigt. Diese waren im Jahre 1796 der Kupferschmied Bauer und der Glaser Keller.

Die Kosten für die in Wirtshäusern einquartierten Militärs wurden auf die Einwohnerschaft repartiert. Dabei kamen Unteroffiziere und Soldaten täglich auf 46 Kreuzer, Offiziere auf 1 Gulden 36 Kreuzer zu stehen. Im Jahre 1799 wurden von jedem 100 Gulden Vermögen 10 Kreuzer für diese Einquartierungskosten in Wirtshäusern erhoben.

Wenn bei Anlaß der Regelung der Einquartierung u. a. auch von dem Prinzen Ludwig die Rede war, so ist hier zur Erläuterung zu bemerken, daß der Prinz, den die Art der preussischen Kriegführung in dem Feldzuge und dessen unglücklicher Verlauf tief verstimmt, im Februar 1795 seine Entlassung aus preussischen Diensten genommen hatte. Schon im Oktober 1794, als er dem Markgrafen Karl Friedrich von dem erfolgten Rückzug über den Rhein Meldung machte, hatte er den Entschluß dazu gefaßt und zunächst seinen Besuch in Karlsruhe auf Ende des Monats angekündigt. „Bei Tage komme ich aber gewiß nicht, — schrieb er — weil ich mich viel zu sehr schäme, über den Rhein gegangen zu sein („wir haben uns mit ewiger Schande bedeckt“, sagte er an einer anderen Stelle), da unsere Lage bei weitem nicht so bedenklich war, wie vor dem Jahr, da wir uns jenseits erhielten“.

Politische Vorgänge.

Im höchsten Grade unerfreulich wie die Haltung der beiden deutschen Großmächte gegenüber dem täglich wachsenden Übergewicht der französischen Waffen war, rief sie in den Jahren 1794 und 1795 noch einmal, im Anschlusse an die Ideen, wie sie vor Gründung des Fürstenbundes zu einem engeren Zusammenschlusse der mittleren und kleinen deutschen Staaten führen sollten, den Gedanken einer neuen

Union hervor. Man gab sich der Hoffnung hin, daß ein freies Bündnis patriotisch gesinnter deutschen Fürsten zuwege bringen könne, was das altersschwache römisch-deutsche Reich nicht mehr zu leisten vermochte. Mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel war es der Markgraf Karl Friedrich von Baden, der mit Eifer und Opferwilligkeit das Zustandekommen eines solchen Bundes anzubahnen suchte. Bei einer Zusammenkunft der beiden Fürsten in Wilhelmsbad wurde über die Einzelheiten eines Bundesprojektes verhandelt. Doch ergab sich bald, daß die Voraussetzungen für eine Verwirklichung der in der Idee so schön erschienenen Pläne fehlten, und die Urheber derselben konnten sich selbst deren Unausführbarkeit auf die Dauer nicht verhehlen. Um so weniger, als sich im Frühjahr 1795 das Gerücht verbreitete und in Bälde als durchaus verbürgt erwies, daß die preussische Regierung in Basel über einen Separatfrieden mit der französischen Republik verhandle. Gleichzeitig ließ der Landgraf von Hessen, der durch die Verlobung seines Sohnes mit einer Tochter Friedrich Wilhelms II. ganz in die Bahnen der preussischen Politik einlenkte, seinem Freunde, dem Markgrafen Karl Friedrich eine ähnliche Entschließung anraten.

Auch jetzt wieder, wie dereinst zur Zeit der Begründung des Fürstenbundes waren es nur sehr kleine Kreise hochgestellter Personen in Karlsruhe, die von diesen Projekten Kenntnis hatten, aber immerhin wurde, wie damals so auch jetzt, der Name dieser Stadt in den Berichten der diplomatischen Agenten auch der großen Mächte oft genannt, als die Residenz eines Fürsten, der in dem europäischen Arcopag einer Achtung und eines Ansehens genoß, welche die Größe und Bedeutung des von ihm regierten Landes weit überragten.

Nach dem Basler Frieden.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich führten am 5. April 1795 zum Abschlusse des Basler Friedens, in dessen Instrument ein Artikel stand, wonach die französische Republik die Vermittelung des Königs von Preußen zu Gunsten jener deutschen Reichsstände annehmen werde, welche in direkte Friedensverhandlungen mit ihr zu treten wünschten. Demnach lag auch für den Karlsruher Hof der Gedanke nahe, sich auf diesem Wege die Segnungen des Friedens zu sichern, wie es der Landgraf von Hessen-Kassel schon am